



Antrag auf Rechtsschutz

Rechtsschutznummer: _____
(wird von Rechtsschutzstelle vergeben)

1. Name: _____ Vorname: _____

2. geb. am: _____

3. Straße: _____ Wohnort: _____

Vorwahl/Rufnummer: _____ E-Mail: _____

4. Familienstand: _____ Anzahl der Kinder: _____

5. Berufsbezeichnung/Schule/Betrieb/Dienststelle: _____

6.

Verbeamtet A: _____ Besoldungs- B: _____ gruppe C: _____ Dienstaltersstufe: _____	Angestellt (im öffentl. Dienst) <input type="checkbox"/> TVöD oder <input type="checkbox"/> TV-L Entgeltgruppe _____ Stufe _____	falls nicht verbeamtet oder nach TVöD / TV-L vergütet; Bruttogehalt monatlich: € _____	<input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche <input type="checkbox"/> _____ in Prozent <input type="checkbox"/> beurlaubt	<input type="checkbox"/> Ruhestand/Rente <input type="checkbox"/> studierend <input type="checkbox"/> Referendariat <input type="checkbox"/> arbeitslos
--	---	---	---	--

7. Gewerkschaftsmitglied seit: _____ Mitgliedsnummer: _____

8. Ich beantrage Rechtsschutz für folgende Angelegenheit:

Satzungsgemäße Beitragszahlung bestätigt durch die GEW:

Eine ausführliche, wahrheitsgetreue Darstellung und Kopien der entstandenen Unterlagen füge ich bei.

9. Ich habe **keine** private Berufsrechtsschutzversicherung.

Ich habe **eine** private Berufsrechtsschutzversicherung bei der _____

10. Die **Richtlinien für den Rechtsschutz** der GEW habe ich erhalten. Mit meiner Unterschrift verpflichte ich mich auch zur Beachtung beigefügten Erklärungen zum Rechtsschutzantrag.

 Datum Unterschrift Mitglied

Durch die Rechtsschutzstelle auszufüllen:

Beantragt ist Rechtsschutz

wegen: _____ (_____)

für: _____

Als Rechtsvertreter wird benannt: _____

Die Rechtsschutzstelle hat veranlasst: _____

Stellungnahme der Rechtsschutzstelle: _____

 Datum Unterschrift der Rechtsschutzstelle

Erklärung zum Rechtsschutzantrag

Die am 01.07.1977 in Kraft getretene Änderung verfahrensrechtlicher Bestimmungen durch die sogenannte Vereinfachungsnovelle verpflichtet die Parteien eines Rechtsstreits, den Prozessstoff möglichst umfassend und zügig vorzubereiten.

Angriffs- und Verteidigungsmittel, die entgegen den Bestimmungen nicht rechtzeitig vorgebracht wurden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden, wenn die Verspätung auf grober Nachlässigkeit beruht und das Verfahren dadurch verzögert würde.

Ich verpflichte mich daher, alles für meinen Rechtsstreit erforderliches Material bis zu dem mir vom Gericht oder der Rechtsstelle genannten Zeitpunkt meinem Prozessbevollmächtigten zur Verfügung zu stellen und alle an mich gestellten Fragen möglichst umfassend zu beantworten.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich im Falle unterlassener, unvollständiger oder verspäteter Mitwirkung allein die Folgen eines negativen Ausgangs zu tragen habe.

Den Rechtsschutzantrag bitte an die Landesstelle für Rechtsschutz einsenden!

In Baden-Württemberg bitte an die Bezirksstelle senden!